

Thüringische Landeszeitung
vom 25.05.2009

Drohung mit Volksbegehren

Bürgerallianz fordert von Althaus kurzfristige Abschaffung der Zwangsbeiträge

Erfurt. (tlz/mar) Noch vor der Landtagswahl erwarten die Bürgerinitiativen in Thüringen ein klares Wort des Regierungschefs zur Abschaffung der kommunalen Zwangsbeiträge. Das hat der Vorsitzende der Bürgerallianz, Peter Hammen, in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten unterstrichen. Sollte sich die Landesregierung dazu nicht bereitfinden, dann droht die Bürgerallianz mit einem Volksbegehren im Freistaat.

Die Zwangsbeiträge sind den Bürgerinitiativen schon lange ein Dorn im Auge. Sie fühlen sich durch das aktuelle Urteil des Landesverfassungsgerichts darin bestätigt. Thüringens oberste Richter hatten das Land verpflichtet, die Abwasserbeiträge neu zu regeln. Hammen interpretiert das Urteil so: „Das Verbot von

Beiträgen ist verfassungsgerecht. Die willkürliche Methodik der Beitragsermittlung bei Abwasser ist gesetzwidrig. Die kommunale Selbstverwaltung wurde gestärkt.“ Seine Konsequenz: „Jetzt ist die Landesregierung gefordert, sofort verbindliche Regelungen für die Aufgabenträger der Abwasserentsorgung zu erlassen.“

**Löhne ganz unten,
Abgaben ganz oben**

Erst Anfang Mai hatten die Betroffenen bei einer Demonstration vor dem Landtag ihren Forderungen Nachdruck verliehen. Hammen erinnert Althaus in dem Schreiben an seine Zusage, es solle keine Verschlechterung der bisherigen Regelungen im Ab-

wasserbereich für die Bürger geben. Dieses Versprechen sei zwar lobenswert und wirke aktuell auch beruhigend. Die Aussage sei aber nicht ausreichend, so Hammen. Denn die Anwendung der Privilegierung im Abwasserbereich sei bisher unzureichend und damit auch ungerecht geregelt gewesen.

Aber nicht nur im Abwasserbereich sieht die Bürgerallianz Handlungsbedarf. Auch die noch bestehende Pflicht zur Erhebung von Beiträgen für den Straßenausbau müsse gesetzlich aufgehoben werden, lautet eine weitere zentrale Forderung.

Hammen verweist in dem Schreiben auf die soziale Lage vieler Menschen im Freistaat, die weitere Belastungen nicht verkraften können. Thüringen habe das niedrigste

Lohnniveau bundesweit, aber die höchsten Kommunalabgaben. Immer noch müssen etwa 50 Prozent der Thüringer direkt oder indirekt Zwangsbeiträge bezahlen. Die Thüringer haben im Vergleich zum Durchschnittsbürger in der Bundesrepublik besonders wenig Vermögen. In Thüringen gelten derzeit etwa 20 Prozent der Bevölkerung als arm. Und schließlich: Immer mehr junge Menschen verlassen täglich das Land.

Der Chef der Bürgerallianz: „Diese Fakten erfordern jetzt gemeinsames Handeln der Volksvertreter – keine Parteipolitik.“ Und für ihn ist auch klar, was die Landesregierung als erstes tun sollte: „Die Abschaffung der ungerechten Zwangsbeiträge wäre eine geeignete Maßnahme gegen diesen Negativ-Trend.“

Thüringer Allgemeine
vom 25.05.2009

CDU will Beiträge doch neu regeln

Die Landesregierung will entgegen bisheriger Äußerungen noch in dieser Wahlperiode eine Neuregelung der Abwasserbeiträge in Angriff nehmen.

LANDTAG.

Die Regierung werde in der Juni-Sitzung des Landtags eine Novelle des Kommunalab-

gabengesetzes in den Landtag einbringen, sagte ein Sprecher dieser Zeitung. Damit wolle man das Urteil des Landesverfassungsgerichtes umsetzen, das die bisherige Regelung der Abwasserbeiträge bereits für nichtig erklärte hatte. Er räumte allerdings ein, dass eine Verabschiedung des Gesetzes vor der Landtagswahl am 30. August aus Zeitgründen nicht mehr

möglich sei. Bisher hatte Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) eine Gesetzesänderung in dieser Legislatur abgelehnt – gleichzeitig aber erklärt, die bisherigen Kapfungsgrenzen bei den Abwasserbeiträgen beibehalten zu wollen, ohne die Zweckverbände finanziell zu belasten. Dies würde nach Informationen dieser Zeitung zusätzliche Ausgleichszahlun-

gen des Landes in Millionenhöhe bedeuten. SPD-Chef Christoph Matschie kritisierte den „Zick-Zack-Kurs von Althaus“. Seine Fraktion sei zwar bereit, „so viele Sondersitzungen wie nötig durchzuführen, um eine rechtssichere Lösung zu beschließen“; jedoch könne er die Regierung in dieser Sache „eigentlich nicht mehr ernst nehmen“.

Freies Wort
vom 25.05.2009

Klärung bei Abwasser noch vor Sommerpause gefordert

Erfurt – Nach dem Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtes zu den Anschlussbeiträgen beim Abwasser macht jetzt die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) der CDU Thüringen Druck. Er habe die Landesregierung aufgefordert, schnellstmöglich einen ent-

sprechenden Gesetzentwurf auf den Weg zu bringen, erklärte KPV-Landeschef Gerhard Günther am Wochenende. Noch vor der Sommerpause müsse für Bürger wie Kommunen Rechtssicherheit geschaffen werden. Das Verfassungsgericht hatte die seit 2005 geltenden

Regularien, die Beitragsforderungen für nicht oder nur zum Teil bebaute Grundstücke verringern sollten, für unzulässig erklärt. Mit einer Initiative zur Beitrags-Entlastung der Haus- und Grundstückseigentümer war CDU-Landeschef Dieter Althaus 2004 in den Landtags-

wahlkampf gegangen. Die Opposition befürchtet jetzt, dass das Beitrags-Thema erneut für Wahlgeschenke herhalten soll. Das Verfassungsgericht hatte dem Land für Korrekturen an dem beanstandeten Gesetz eigentlich Zeit bis zum 31. Dezember 2010 eingeräumt. red